

## AUSSENPOLITIK

## BRD

**(1) Wissenschaftler austausch zwischen Deutschland und China**

Die chinesische Akademie und die Max-Planck-Gesellschaft haben einen ständigen wissenschaftlichen Austausch vereinbart. Zunächst sollen jährlich 8-10 Wissenschaftler zu kürzeren Aufenthalten von etwa einem Monat wechselseitig die Forschungsinstitute der beiden Länder besuchen. Daneben werden zwei bis vier jüngere chinesische Wissenschaftler zu längerem Studienaufenthalt - ein bis zwei Jahre - in die BRD kommen. Deutsche Wissenschaftler sollen zu Vorlesungszyklen und Seminaren nach China eingeladen werden. Das Übereinkommen wurde anlässlich des derzeitigen China-Besuches einer achtköpfigen Delegation der Max-Planck-Gesellschaft geschlossen.

**(2) Verhandlungsklima beim Walzwerkgeschäft**

Wie Karl Wilhelm Strippen von der Demag, kaufmännischer Chef der deutschen Delegation, und Hans-Friedrich Martens von der Schloemann-SIEMAG (für die technische Seite zuständig) berichteten, waren die zu 90% in Englisch geführten monatelangen Verhandlungsgespräche um das Kaltwalzwerk von Härte gekennzeichnet. Es wurde täglich 6-8 Stunden, unter Umständen auch Samstags und Sonntags, verhandelt. Das bishen Freizeit, das hier und da übrigblieb, wurde auch noch propagandistisch gesteuert. Die Verhandlungen hätten sich in einer reinen Männerwelt abgespielt. Die für westliche Vorstellungen, selbst für Geschäfte mit der Sowjetunion, absolut ungewöhnliche Verhandlungsdauer ist nach den Eindrücken der deutschen Fachleute nicht nur dadurch zu erklären, daß sich die Chinesen grundsätzlich endlos viel Zeit lassen; hier wirkt sich auch als Folge der jahrzehntelangen Isolierung des Landes ein schier unerschöpfliches Informationsbedürfnis, vor allem auf dem kaufmännischen und finanziellen Bereich, aus. Die Chinesen wollen zunächst einmal ganz genau wissen, was in der kapitalistischen Welt so alles üblich ist. Auf dem Gebiet der Technik sind sie dank eifrigster Lektüre der Fachbücher und Veröffentlichungen besser bewandert.

Im übrigen lebte die 50 Mann starke deutsche Delegation nach eigenen Aussagen wie in einem Käfig (SZ, 2.4.74).

**(3) Nachrichtenaustausch zwischen dpa und Hsinhua**

Der seit über zehn Jahren bestehende Nachrichtenaustausch zwischen der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua und der Deutschen Presseagentur wurde jetzt in Peking auch juristisch abgesegnet. Hsinhua-Direktor Chou Mo-chih und der Vorsitzende der dpa-Geschäftsführung, Wolfgang Weynen, unterzeichneten in Peking ein Übereinkommen, das beiden Staaten das Recht einräumt, ihre Inlands- und Auslandsnachrichten honorarfrei zu empfangen und zu verwerten. dpa unterhält bereits seit 1964 ein ständiges Büro in der Hauptstadt der Volksrepublik China (Die

Welt, 22.4.74).

## Zitate

**(4) BRD: "Die wirtschaftliche Lage wird immer schlechter"**

Unter dieser Überschrift bringt PRu (1974 Nr. 14, S.28) einen Bericht, in dem es heißt, daß "das Tempo der Industrieproduktion sich seit der zweiten Jahreshälfte 1973 verlangsamt, die Zahl der zusammenbrechenden Betriebe vergrößert, die Arbeitslosigkeit drastisch gestiegen und die Unterbeschäftigung immer ernster geworden ist. Gleichzeitig erreicht die Inflation die höchsten Ausmaße in den mehr als zwei Jahrzehnten". Hierauf werden Zahlen des Instituts für Wirtschaftsforschung vorgebracht, das Prognosen für den Stillstand und Nullzuwachs erstellt hatte. Auch werde die Konzentration des Kapitals in der BRD beschleunigt: 1973 seien 274 Unternehmen fusioniert worden, während gleichzeitig 5.515 Geschäfte Konkurs angemeldet hätten - ein Anstieg von 20,5% im Vergleich zu 1972.

**(5) "Westdeutschland über Preissteigerungen beunruhigt"**

Unter dieser Überschrift bringt Hsinua (NCNA, 13.4.74) einen Kurzbericht über die "weiterhin zu verzeichnenden Preissteigerungen bei Konsumgütern". Sowohl Regierungskreise als auch Bevölkerung seien darüber besorgt. Bundeskanzler Brandt habe am 8. April erklärt: "Viele Dinge in der Wirtschaft der (westlichen) Welt sind in Aufruhr, einschließlich der steigenden Preise. Das Volk wird sich bedauerlicherweise im kommenden Jahr mit den Preissteigerungen abzufinden haben."

**(6) CDU für Wachsamkeit gegenüber der Sowjetunion**

Die chinesische Nachrichtenagentur (NCNA, 30.3.74) zitiert unter anderem Manfred Wörner, den verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU, der dazu aufruft, alles zu tun, um eine Änderung der Machtbalance in Europa durch die Sowjetunion zu verhindern. Er habe hinzugefügt, daß die gesamte russische Strategie gekennzeichnet sei vom politischen Einsatz der militärischen Macht. Ein Ziel der sowjetischen Strategie bestehe darin, die politische Vorherrschaft in Europa zu erringen. Auch Carl Carstens, der übrigens von Hsinhua fälschlich als "Führer der Oppositionspartei" (und nicht als Fraktionsführer!) bezeichnet wird, habe die "Schaffung eines politisch vereinten Europas und die Beibehaltung der Allianz mit den Vereinigten Staaten" gefordert. Zitiert werden in diesem Artikel auch Aussagen des Verteidigungsministers und des Bundeskanzlers, die für Wachsamkeit, für Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und für Aufrechterhaltung des eigenen Entscheidungspotentials der Europäer plädieren.

**(7) Radio Peking zur westdeutschen Besorgnis über die sowjetische Aufrüstung**

Am 5.4. brachte Radio Peking eine Zusammenfassung von Äußerungen führender Persönlichkeiten der Bundesrepublik

über die potentielle Bedrohung Europas durch die Sowjetunion. Zitiert werden u.a. der Bundespräsident mit einem Ausspruch vom 29. März 1974 (Hinweis auf die erheblichen Rüstungsanstrengungen des Warschauer Pakts), der Bundeskanzler (Aussage vom 1. April: "ausgesprochenes Ungleichgewicht zwischen dem Block des Warschauer Vertrages und dem Westen"), der Bundesverteidigungsminister (Hinweis auf die "massive Aufrüstungsexpansion des Warschauer Paktes, die eine Bedrohung bleibt, die wir richtig einschätzen müssen") und der ehemalige Vorsitzende des Militärausschusses der NATO Johannes Steinhoff, der in der DEUTSCHEN ZEITUNG geschrieben hat, daß die "sowjetische Militärmaschine eine Stärke erreicht, die dem Westen immer mehr Nachteile bringt." Er habe die Auffassung vertreten, daß der Schlüssel zur Lösung der westeuropäischen Verteidigungsprobleme in der Verwirklichung der europäischen politischen Integration liege.

### (8) Hsinhua-Stellungnahme zu den SPD-Verlusten

In einem Bericht (NCNA, 5.4.74) meldet Hsinhua unter genauen Zahlenangaben die Verluste der SPD bei den Wahlen zum Hamburger Stadtparlament sowie bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Ohne eigene Stellungnahme läßt Hsinhua sodann den Kommentar zweier westdeutscher Zeitungen folgen, nämlich der Hannover'schen Allgemeinen Zeitung ("Die Hamburger Wahl trägt deutliche Zeichen eines massiven Protests") und der Stuttgarter Zeitung ("Die SPD hat viel an Vertrauen eingebüßt").

\* \* \* \*

## WESTEUROPA

### (9) Frankreich: Chinesische Kondolenz - bekundungen zum Tode Pompidou

Ministerpräsident Chou En-lai, Vizeministerpräsident Teng Hsiao-ping und Außenminister Chi P'eng-fei begaben sich am 4. April nachmittags zur französischen Botschaft in Peking, um ihr Beileid anlässlich des Todes des französischen Präsidenten Pompidou zum Ausdruck zu bringen. Der Parteivorsitzende Mao übersandte einen Kranz (NCNA, 4.4.74). Der amtierende Präsident, Tung Pi-wu, richtete außerdem am 3. April ein Kondolenzschreiben an Alain Poher, den Amtierenden Präsidenten der Republik Frankreich. Außerdem richtete Ministerpräsident Chou En-lai ein persönliches Kondolenzschreiben an Madame Pompidou (NCNA, 4.4.74).

### (10) Hsinhua zur "Beunruhigung Österreichs" über die Erhöhung sowjetischer Truppen- stärke in Ungarn

"In Mitteleuropa sind zur Zeit sowjetische Truppen in der Stärke von mehreren Hunderttausend Mann stationiert.... In Ungarn befinden sich sowjetische Panzerstreitkräfte, die keineswegs als sowjetisches Instrument des Wunsches nach Frieden gegenüber Österreich angesehen werden können. Nach ihrer Formierung zu urteilen, sind diese sowjetischen Streitkräfte in Ungarn vielmehr ein 'Instrument

für den Angriff'. Kein Österreicher kann verstehen, warum so mächtige militärische Streitkräfte dort stationiert werden. In den letzten Monaten sind die sowjetischen Truppen in Ungarn weiter verstärkt worden. Diese Verstärkung hat in den Nachbarländern natürlich Beunruhigung ausgelöst. Es handelt sich hier um die größte Konzentration von Truppen, Nachschubgütern und Waffen in der Ungarischen Tiefebene seit dem Jahr 1945. Niemals zuvor, ja, nicht einmal am Vorabend der Invasion in der Tschechoslowakei, im August 1968, hat es dort eine so mächtige Front gegeben".

Diese Sätze zitiert Hsinhua (NCNA, 29. 3. 74) aus dem österreichischen Blatt "Neue Freie Zeitung".

### (11) Dies irae in Portugal

Das von den Befreiungskämpfen in den portugiesischen Kolonien Guinea-Bissau, Angola und Mozambique angeschlagene Mutterland Portugal durchläuft nach chinesischer Ansicht (PRu 1974 Nr.13, S.29) zur Zeit die "schwerste Herrschaftskrise seit Errichtung der Militärdiktatur im Jahre 1926". Der Berichterstatter weist auf die "scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Clique" über die Frage hin, wie die Kolonialherrschaft Lissabons angesichts der immer größeren Siege des bewaffneten Kampfes in den afrikanischen Kolonien aufrechterhalten werden können. Dabei spielt die Schlußfolgerung Antonio de Spinas eine wichtige Rolle, der als stellvertretender Stabschef der portugiesischen Streitkräfte nach jahrelangen Erfahrungen den Schluß gezogen habe, daß mit militärischer Unterdrückung allein die portugiesische Kolonialherrschaft nicht mehr aufrechterhalten werden könne. Spinola wurde daraufhin seines Amtes enthoben, wogegen wiederum 300 Unteroffiziere revoltierten. Portugal werde übrigens auch durch die ökonomische Tatsache "erwürgt", daß jedes Jahr 50 % des Staatshaushalts für militärische Zwecke aufgewendet werden müßten.

Zum Staatsstreich vom 25.4.74 lag im Berichtszeitraum noch kein Kommentar vor.

### (12) Makarios Mitte Mai nach China

"Seine Seligkeit, Erzbischof Makarios, Präsident der Republik Zypern, wird am 17. Mai 1974 auf Einladung der Regierung der VR China zu einem offiziellen Besuch des Landes in Peking eintreffen" (NCNA, 20.4.74). Damit ist es den Chinesen gelungen, einen weiteren Staat des Mittelmeeres einzuladen und möglicherweise für seinen Vorschlag zu gewinnen, daß das Mittelmeer den Anliegerstaaten gehören soll. Ähnliche Erklärungen waren bereits in großer Anzahl anlässlich des Besuches des maltesischen Ministerpräsidenten Dom Mintoff 1972 abgegeben worden.

## SOWJETUNION UND OSTBLOCK

### (13) Chruschtschow-Rückblende: Zum Schicksal Kao Kangs und zur Absicht Chinas, Sibirien zu besetzen.

In seinen Memoiren berichtet Chruschtschow (abgedruckt im Spiegel, 1974, Nr.18, S.129 ff.) über die "Opferung Kao Kangs" durch Stalin: "Zu jener Zeit bekamen wir viele unse-

rer Informationen über die Stimmung in der chinesischen Partei von dem Politbüromitglied Kao Kang, der damals Repräsentant der chinesischen Regierung in der Mandchurei war, wo er ein enges Verhältnis zu unserem Repräsentanten pflegte. Stalin hatte sich entschlossen, Maos Vertrauen und Maos Freundschaft zu gewinnen: Er gab deshalb die Berichte unseres Botschafters über seine Gespräche mit Kao Kang an Mao weiter mit der Bemerkung: 'Das könnte Sie wohl interessieren.'

Nur Gott weiß, was Stalin sich wohl dabei dachte. Er rechtfertigte seine Handlung als eine freundliche Geste. Damals war Kao Kang noch im chinesischen Politbüro, aber wir wußten, daß er bereits 'auf Eis gelegt' war. Dann hörten wir, daß Mao ihn unter Hausarrest gestellt hatte. Später erfuhren wir, daß er sich vergiftet hatte. Wahrscheinlich hat Mao ihn erwürgen oder vergiften lassen. Mao war solcher Dinge durchaus fähig, genauso wie Stalin.

Weil Mao Kao Kang verraten hatte, haben wir einen Mann verloren, der uns seine Freundschaft erwiesen und uns mit wertvollen Informationen über die wahre Haltung der chinesischen Führer gegenüber der Sowjetunion versorgt hatte. Warum verriet Stalin Kao Kang? Ich meine, er war durch sein eigenes Mißtrauen motiviert..... Er nahm an, Mao würde früher oder später selbst herausfinden, daß Kao Kang uns über ihn informierte - wenn das geschah, könnte Mao Stalin beschuldigen, Opposition gegen die chinesische Regierung geschürt zu haben. Stalin meinte daher, es sei besser, Kao Kang zu opfern und sich auf diese Weise Maos Vertrauen zu erwerben. Ich glaube indessen nicht, daß Mao Stalin jemals richtig vertraut hat. Er erlebte, daß Stalin immer bemüht war, seine Überlegenheit hervorzukehren.....".

Zur Absicht Chinas, Sibirien zu besetzen:

"In Peking schlugen wir nach Stalins Tod vor, daß eine Million oder mehr chinesische Arbeiter nach Sibirien entsandt würden, um uns dabei behilflich zu sein, die riesigen Holzbestände einzuschlagen. Maos Antwort auf unseren Vorschlag war typisch für ihn - und bezeichnend für die Zukunft. Er wußte wirklich, wie er uns ducken konnte. Man muß sich einmal vorstellen, was Mao für ein Mensch war, er bewegte sich ruhig und behäbig wie ein Bär, langsam von einer Seite auf die andere schaukelnd. Er blickte einen lange an, dann senkte er die Augen und begann, leise und ohne Anspannung zu sprechen: 'Wissen Sie, Genosse Chruschtschow, jahrelang war es eine weitverbreitete Ansicht, daß China ..... eine gute Quelle billiger Arbeitskräfte sei, aber Sie wissen, daß wir Chinesen diese Haltung sehr beleidigend finden. Daß sie von Ihnen eingenommen wird, versetzt uns ziemlich in Verlegenheit.' Ganz augenscheinlich, das war Maos Absicht, sollte es uns leid tun, daß wir die Frage überhaupt aufgeworfen hatten."

Schließlich stellte die Chinesen doch eine Gruppe von etwa 200.000 Arbeitern. Sobald ihre Zeit um war, begannen die Chinesen überraschenderweise, auf die Russen einzureden, doch "nicht schüchtern zu sein" und mehr Arbeiter anzufordern - eine Bitte freilich, die von Moskau beharrlich abgelehnt wurde. Chruschtschow: "Was hatten die Chinesen vorgehabt? Ich will es Ihnen sagen: Sie wollten

Sibirien ohne Krieg besetzen. Sie wollten die Wirtschaft in Sibirien durchdringen und übernehmen. Sie wollten sichergehen, daß die chinesischen Siedler in Sibirien die russischen und die Siedler anderer Nationalitäten, die dort lebten, an Zahl übertrafen. Kurz gesagt, sie wollten Sibirien eher chinesisch als russisch machen. Es war ein schlaues Manöver, aber es schlug fehl."

Zur Person Maos:

"Wie Stalin anerkannte auch Mao niemals seine Genossen als seinesgleichen. Er behandelte die Leute um ihn herum wie Möbelstücke - nützlich, aber auch ersetzbar. Wenn nach seiner Meinung ein Möbelstück - oder ein Genosse - ausgedient hatte, warf er es weg und ersetzte es..... In den Jahren, in denen ich in der Führung war, erlaubte es sich keiner - weder wir noch die Chinesen -, schmutzige Wäsche an der Öffentlichkeit zu waschen. Wir ließen unsere Skandale und Konflikte niemals durch die Presse herausbringen.....".

In der Zwischenzeit habe sich dies geändert. "Wie die Prediger zu sagen pflegen: Niemand auf Erden ist unsterblich, und die Stunde wird kommen, da Mao Tse-tung auch Abschied von der politischen Arena nehmen muß..... Ein Sonnenstrahl wird durch die Wolken brechen und dem chinesischen Volk die Rückkehr zeigen zu dem Weg, den uns Marx und Engels gewiesen haben."

#### (14) Alexander Solschenizyn zum sowjetisch-chinesischen Verhältnis

In seinem inzwischen berühmt gewordenen "Offenen Brief an die sowjetische Führung" vom September 1973 (veröffentlicht in Buchform bei Luchterhand, Darmstadt und Neuwied, 1974) will der inzwischen nach Westeuropa exilierte russische Schriftsteller die Führung in seinem Land auf zwei große Gefahren hinweisen, die der Sowjetunion in den nächsten zehn bis dreißig Jahren drohen: nämlich den Krieg gegen China und die Gefahr eines ökologischen Harakiri.

Solschenizyn weist zunächst auf die erstaunlichen Erfolge der sowjetischen Außenpolitik seit der Oktoberrevolution hin, meint aber, daß Moskau trotz alledem zwei erstaunliche Rückschläge erlebt habe; denn es habe inmitten aller Erfolge zwei schlimme Feinde großgezogen, den Feind des letzten Krieges und den des kommenden - die deutsche Wehrmacht (deutsche Offizierskader seien entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages auf sowjetischen Truppenübungsplätzen ausgebildet worden) und jetzt das China Mao Tse-tungs: "Wie wir Mao Tse-tung großgezogen haben statt des friedliebenden Nachbarn Chiang Kai-shek, und wie wir ihm beim Atomwettbewerb halfen - die Geschichte ist näher, ist bekannter". Das eigentlich Erstaunliche beider Fehler liege darin, daß sie nicht auf Irrtümer sowjetischer Diplomaten zurückgegangen seien, sondern "auf das exakte Befolgen der Weisungen des Marxismus-Leninismus: im ersten Fall - dem Imperialismus in der Welt zu schaden, im zweiten - die Internationale Kommunistische Bewegung zu unterstützen. Nationale Überlegungen haben in beiden Fällen gefehlt.

Vor allem warnt Solschenizyn vor einem Krieg mit einer Milliarde Chinesen. "Als herkömmlicher Krieg wird er der

längste und blutigste aller Kriege der Menschheit werden ..... Wenn Rußland im ersten Krieg nahezu anderthalb Millionen Menschen verloren hat, im zweiten aber zwanzig Millionen, so wird uns der Krieg mit China keineswegs weniger als 60 Millionen Menschen kosten. Nach diesem Krieg wird das russische Volk praktisch aufhören, auf dem Planeten zu existieren..... Es zerreißt einem das Herz sich vorzustellen, wie unsere Jugend und all die Besten im mittleren Alter hinausmarschieren und hinausfahren, um im Kriege zugrunde zu gehen, und in was für einem - einem ideologischen, und wofür? - hauptsächlich für eine tote Ideologie". Zu diesem Krieg dürfe es also überhaupt nicht kommen. Er sei unter allen Umständen zu vermeiden. Zwei Wege könnten zu einem solchen Krieg führen: Der zweite beruhe in einem dynamischen Druck des fast eine Milliarde Menschen umfassenden chinesischen Volkes auf das bis jetzt noch nicht erschlossene Sibirien. "Der erste Grund des drohenden Krieges indessen, ein erheblich aktuellerer Grund, der wichtigste und am stärksten besorgniserregende, ist die Ideologie..... Der Krieg bricht aus, und die beiden kämpfenden Parteien tragen auf ihren Fahnen die Reinheit ihrer Ideologie? Und sechzig Millionen unserer Landsleute lassen sich dafür umbringen, daß die alleinige Wahrheit ausgerechnet auf Seite 533 eines Leninbandes steht, und nicht auf Seite 335, wie ihr Gegner behauptet? ..... Überlassen Sie den Chinesen die Ideologie! Sollen doch die chinesischen Führer eine kurze Zeit darauf stolz sein..... Und dafür laden sie sich dann den ganzen Sack unerfüllbarer internationaler Verpflichtungen auf und stöhnen und schleppen und erziehen die Menschheit und bezahlen all die törichten Wirtschaftssysteme, allein eine Million täglich an Kuba, und unterhalten die Terroristen und Partisanen der südlichen Kontinente..... Wenn der ideologische Zwist entfällt, wird es zu dem sowjetisch-chinesischen Krieg höchstwahrscheinlich überhaupt nicht kommen. Kommt es aber in ferner Zukunft doch dazu, dann wird es tatsächlich ein Verteidigungskrieg sein, tatsächlich ein vaterländischer. Wir können Ende des 20. Jahrhunderts das sibirische Territorium nicht abtreten, daran besteht kein Zweifel. Doch die Ideologie abzutreten, das würde nur zu unserer Entlastung und Gesundung führen!"

## Sowjetische Polemik

### (15) Das gewandelte Mao-Bild in der Großen Sowjetischen Enzyklopädie

Die Neuauflage der Großen Sowjetischen Enzyklopädie ist jetzt bis zum 15. Band - und damit bis zur Mitte des Buchstabens M - gediehen. Was das Stichwort "Mao Tse-tung" anbelangt, so unterscheidet sich die heutige Version erheblich von ihrer im Jahre 1954 erschienenen Vorgängerin. Damals stammte der chinesische Parteivorsitzende "aus einer Bauernfamilie" und war ein "hervorragender chinesischer Politiker und Staatsmann" sowie der "erprobte Leiter der KP Chinas und Führer des chinesischen Volkes", "der Bannerträger der ewigen Freundschaft der chinesischen und sowjetischen Völker", und seine Werke waren eine "wertvolle Bereicherung der marxistischen Wissenschaft". Heute genügen für seine Lebensbeschreibung knapp ein-

halb statt damals sieben Seiten: Schon 1918/19 habe er Leitsätze des Anarchismus gebilligt. Mitte der dreißiger Jahre ließ er "nationalistische Anwandlungen" erkennen. Der Maoismus, vor zwanzig Jahren noch die richtige Parteilinie, sogar "gestützt auf marxistisch-leninistische Taktik", wird jetzt als eine dem Leninismus feindliche kleinbürgerliche nationalistische Richtung in der KP Chinas, mehr noch: als Kasernenkommunismus abgetan.

\* \* \* \*

## Chinesische Polemik

### (16) Lenin-Feier in Moskau

Der chinesische Botschafter in Moskau, Liu Hsien-ch'üan, hat am 22.4. demonstrativ den Kongreßsaal des Kreml während der Feier zum 104. Geburtstag Lenins verlassen. Er erhob sich vor den 5000 Gästen demonstrativ von seinem Sitz, als das sowjetische Politbüromitglied Ponomarew in seiner Rede Peking der Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus beschuldigte und die "schädliche Rolle" der führenden chinesischen Persönlichkeiten in den internationalen Angelegenheiten brandmarkte. Der Botschafter verneigte sich vor dem Riesenporträt Lenins und wandte seine Schritte dann zur Ausgangstür, gefolgt von seinem Dolmetscher. An der Feierstunde hatte die gesamte sowjetische Führung mit Parteichef Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Staatsoberhaupt Podgorny an der Spitze, teilgenommen.

### (17) Moskaus Druck auf die RGW-Länder

Ein chinesisches Sprichwort besagt: "Die Obrigkeit befahl das Niederbrennen der Häuser, während sie dem Volk das Anzünden einer Lampe verbot." Dieses Sprichwort definiere am treffendsten den sowjetischen Wunsch an die RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe = Comecon) -Mitglieder, im Geiste "völliger Gleichheit" wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Verschiedene RGW-Länder hätten in den letzten Jahren versucht, bilaterale Kooperations- und Koproduktionsvereinbarungen mit westlichen kapitalistischen Ländern zu schließen, und dabei bedeutenden Erfolg erzielt. Polen habe seinen Handel mit dem Westen zwischen 1970 und 1972 beispielsweise um 57%, den Handel mit der Sowjetunion im gleichen Zeitraum dagegen nur um 19% gesteigert. Ähnlich sei es bei anderen Ländern.

Angesichts dieser Situation hätten sich nun die sowjetischen Revisionisten eiligst darangemacht, "den wirtschaftlichen Zaun der Gemeinschaft zu reparieren und ihre Kontrolle über die osteuropäischen Länder wieder zu verstärken." Sie selbst freilich scheue sich keineswegs, immer größere Wirtschaftsabmachungen mit westlichen Staaten zu treffen, unter anderem mit den USA und mit Japan über die wirtschaftliche Erschließung Sibiriens. Sie möge es sich gesagt sein lassen: "Es liegt ausschließlich im souveränen Recht der osteuropäischen Länder, mit irgendjemand wirtschaftliche Beziehungen oder irgendwelche Formen von Beziehungen zu entwickeln. Die Zurechtweisungen und die Kritik von Breschnew & Co. bezwecken, politischen Druck auf die osteuropäischen Länder auszuüben, um die wirtschaftliche Ungleichheit aufrechtzuerhalten" (NCNA, 14.4.74).

### (18) Die antisowjetischen Aussagen Chinas sind nicht "erfunden"!

In einem aus "L'Humanite rouge" entnommenen Passus (PRu 1974 Nr.14, S.28) heißt es: "Wurde der Einfall in die Tschechoslowakei im Jahre 1968 von China 'erfunden'? Wurde die hitlerische Politik 'Kanonen statt Butter' für die Sowjetunion von China 'erfunden'? Wurde die beschleunigte Militarisierung der sowjetischen Wirtschaft, die 40% des sowjetischen Bruttosozialprodukts auffrißt, von China 'erfunden'? Wurde das Erscheinen der sowjetischen Kriegsfлотten in allen Ozeanen, besonders im Mittelmeer, von China 'erfunden'? Wurde das den arabischen Völkern im Mittleren Osten auferlegte Diktat von China 'erfunden'? Wurde die sowjetische Ablehnung der Entnuklearisierung Lateinamerikas von China 'erfunden'? Wurde die Million der von den sowjetischen Revisionisten an der chinesischen Grenze zusammengezogenen Truppen von China 'erfunden'? "

\* \* \* \*

## LATEINAMERIKA

### (19) Verhältnis zu Chile:

Wie TASS (englisch, 23.4.74) erfahren haben will, wurde über den chilenischen Hafen Valparaiso Salpeter im Werte von 2,2 Mio. US \$ nach der VR China verschickt. Darüber hinaus habe die Militärjunta einen weiteren Vertrag mit China über die Lieferung von 50.000 t Salpeter unterzeichnet. "Die chinesischen Führer verstärken ihre Bande mit der faschistischen Junta nicht nur auf dem Gebiet des Handels und der Wirtschaft, sondern unterstützen das gegenwärtige Regime in Chile auch politisch."

Auch Rude Pravo (Ceteka, englisch, 23.4.47) bringt noch einmal in Erinnerung, daß alles wie am Schnürchen gelaufen sei, als die "chilenische Faschistenjunta General Laval zu ihrem Botschafter in Peking ernannt hatte. Laval erhielt seine Akkreditierung, und Uribe, sein Vorgänger und von der rechtmäßigen Regierung der Volkseinheit ernannte Botschafter, wurde verjagt."

Überdies seien mit der Militärjunta in Chile auch größere Kupferabkommen abgeschlossen worden: "Die Maoisten brauchen Kupfer für die Rüstungsproduktion, und die Preise, die während der Regierung der Volkseinheit von amerikanischen Gesellschaften in böswilliger Absicht künstlich gedrückt wurden, seien nun durch die Großaufkäufe der Maoisten in die Höhe getrieben worden. Das Bündnis zwischen Peking und Santiago, zwischen Maoisten und Faschisten, ist für beide Seiten vorteilhaft. Die Maoisten verstärken weiterhin ihre Aufrüstung, und die Junta füllt sich ihre Taschen." (Zum Verhältnis mit Chile vgl. Thema: China: Ideologische Mitschuld der Sowjetunion am Untergang Allendes, C.a. 73/11, S.717-719.

## AFRIKA

### (20) Chinas Partisanenkampf als Lehrbeispiel für Afrikas Emanzipationsbewegung

Eine Freundschaftsdelegation des Befreiungskomitees der

Organisation der Afrikanischen Einheit unter Leitung von Omar Arteh Ghalib hat am 1. April in Begleitung des chinesischen Vizeaußenministers Ho Ying das im nordöstlichen Vorort Pekings gelegene Dorf Chiao-chuang-hu, das unter dem ruhmvollen Namen "Erste Feste des Volkes" bekannt ist, besichtigt. Zuerst besuchten die afrikanischen Gäste die Ausstellungshalle des Revolutionskampfes der Volksmiliz des Dorfes, hörten sich den Bericht über die Aktivitäten an, die Dorfbewohner während des Widerstandskrieges gegen Japan und während des Krieges gegen die Kuomintang vollbracht haben. Sie kämpften damals, wie sie ausführten, gegen den Feind von unterirdischen Tunnels aus. Die afrikanischen Gäste stiegen dann, geführt von Milizveteranen, in die unterirdischen Tunnels hinab, die alle Häuser des Dorfes miteinander verbinden, und besichtigten die wichtigsten von ihnen: Den Befehlsstand, einen Ruhe-raum, die Bunker- und Schießscharten. Sodann veranstalteten Milizangehörige und Kleine Rote Soldaten Schießübungen mit Gewehr und Mörsern und demonstrierten das Legen von Minen (NCNA, 1.4.74).

### (21) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Gabun

Am 20. April 1974 unterzeichneten Regierungsvertreter von China und Gabun ein Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, in dem es u.a. hieß: "Die Regierung der Republik Gabun anerkennt die Regierung der Volksrepublik China als die einzige legale Regierung, die das gesamte chinesische Volk vertritt" (NCNA, 29.4.74).

### (22) Staatsbesuch des tansanischen Präsidenten

Vom 25. - 31. März stattete der Präsident der Vereinigten Republik Tansania, Julius K. Nyerere, der VR China einen Staatsbesuch ab, und zwar seinen dritten. Bereits 1965 und 1968 war er in Peking gewesen. Er führte mehrere Gespräche, unter anderem mit Ministerpräsidenten Chou En-lai, und wurde vom Parteivorsitzenden Mao empfangen (PRu 74, Nr. 13, S. 3).

Bei einem Bankett zu Ehren des Präsidenten pries der chinesische Ministerpräsident das Bemühen des afrikanischen Staates um nationale Selbständigkeit und verwies dabei auf die Aruscha-Deklaration, die von Nyerere selbst verfaßt worden ist und die das Vertrauen auf die eigene Kraft betont. Was die internationalen Angelegenheiten anbelangt, so habe die tansanische Regierung stets einen Beitrag zur Stärkung der Einheit der afroasiatischen Völker gegen den Imperialismus geleistet.

Im zweiten Punkt seiner Ausführungen ging Chou En-lai sodann auf die Politik der beiden Supermächte ein, die dauernd von Entspannung redeten, in Wirklichkeit aber heftig miteinander rivalisierten, und zwar hauptsächlich in Europa, aber auch in anderen Teilen der Welt - mit der Folge, daß sich die Grundwidersprüche der heutigen Welt immer mehr zuspitzten und kein Land der Welt mehr sich ausschließen könnte.

Der dritte Punkt war der Lage in Afrika gewidmet, wo die Republik Guinea-Bissau "ruhmreich in den Flammen des bewaffneten Kampfes" gegründet worden sei. Erfolgreiche Kämpfe würden auch von den Völkern von Mozambique,

Angola, Simbabwe, Namibia und Azania geführt. Das wichtigste Gebot sei hier Solidarität aller afrikanischen Völker.

Zum Schluß betonte Chou, daß China und Tansania beide Entwicklungsländer seien und zur Dritten Welt gehörten. Aufgrund der ähnlichen geschichtlichen Erfahrungen und der gegenwärtigen gemeinsamen Kampfaufgaben würden sich die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern noch weiter konsolidieren. (PRu 1974, Nr. 13, S. 8 f.).

Nyerere wies in seiner Gegenrede zunächst auf die Erfolge hin, die seit seinen vergangenen zwei Besuchen in China zu verzeichnen seien. Aus seiner Sicht war die "Kulturrevolution der Ausdruck des Geistes, sich nicht zufriedenzugeben, und der Entschlossenheit, weiter den revolutionären Prinzipien der Kommunistischen Partei Chinas die Treue zu halten"... "Als Christ sehe ich Ihre Haltung als 'göttliche Unzufriedenheit' an; denn obwohl Sie mit dem Tempo Ihres Fortschritts praktisch immer unzufrieden sind, werden die chinesische Regierung und das chinesische Volk niemals den Kopf hängen lassen. Im Gegenteil, jedesmal, wenn Sie den von Ihnen selbstgestellten äußerst strengen Anforderungen nicht gerecht werden, ist das ein Ansporn für Sie, weitere Anstrengungen zu machen ... Ich bin der Meinung, daß wir Tansanier von dem lernen müssen, was Sie als Ihre revolutionäre Unzufriedenheit bezeichnen würden, und diesen Geist in unserer Sprache, auf unsere Situation anwenden müssen". Sodann kam Nyerere auf die Tansam-Eisenbahn zu sprechen und wies nochmals auf die selbstlose Hilfe der Chinesen sowie auf die Tatsache hin, daß die Bahn wahrscheinlich lange vor dem geplanten Endtermin im Jahre 1976 fertiggestellt werde. Er, Nyerere, habe sich an die reichen Nationen und Institutionen des Westens mit der Bitte gewandt, die beiden afrikanischen Staaten Sambia und Tansania bei der Änderung der bis dahin bestehenden trostlosen Infrastruktur zu helfen. So sehr waren Sambia und Tansania damals auf die Zusammenarbeit mit Salisbury angewiesen, daß nicht nur ihre Eisenbahnlinie und ihr Straßensystem, sondern sogar die Telefonschlüsse zwischen beiden Hauptstädten durch Rhodesien verliefen. Durch das tansanisch-chinesische Abkommen von 1970 sei diese Situation nun grundsätzlich geändert worden (ebd., S. 9 ff.).

Am 29.3. unterzeichneten die Regierungen beider Länder in Peking ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit (NCNA, 29.3.74). Aufgrund dieser Vereinbarung wird China dem afrikanischen Staat zinsfreie Darlehen in Höhe von 31 Mio. £ - Sterling in den nächsten 5 Jahren gewähren. Wie der tansanische Außenminister John Malcela in Dar es Salam bekanntgab, benötigt Tansania die Kredite zum Ausbau der Kohlen- und der Eisenbergwerke im Süden des Landes sowie zum Anschluß dieser Gruben an das Eisenbahnnetz.

Drei Tage später verpflichtete sich übrigens auch Bonn zu einer Entwicklungshilfe von 1 Mio DM (= 165.000 £ - Sterling) (IHT, 3.4.; Times, 2.4.74).

## NAHOST

### (23) Beifall für eigenständige Politik Ägyptens

In einem ausführlichen Bericht bringt Hsinhua (NCNA, 4.4.74) Erklärungen des ägyptischen Staatspräsidenten El Sadat anläßlich der 10. Konferenz des Verbandes Ägyptischer Studenten in Alexandrien, bei der der Präsident erklärte, daß die beiden Supermächte jeden ägyptischen Versuch, seine besetzten Gebiete zu befreien, hätten verhindern wollen.

Beide Supermächte seien im Mai 1972 in Moskau und 1973 in Washington übereingekommen, die Nahost-Frage einzufrieren, bis eine friedliche Lösung erreicht sei. Die Sowjetunion sei entschlossen gewesen, den Kampf um die Befreiung der besetzten Gebiete zu verhindern und habe darauf bestanden, daß das Nahost-Problem auf eine friedliche Regelung warten müsse. Die Sowjetunion sei stets gegen militärische Aktionen Ägyptens gewesen und habe nur politische und diplomatische Aktionen unterstützt. Gerade aus diesem Grunde habe er, Sadat, im Sommer 1972 die sowjetischen Militärexperten zum Verlassen Ägyptens aufgefordert. Man ging damals von der Prämisse aus, daß ein Krieg, wenn er geführt würde, wirklich "hundertprozentig ägyptisch" sein solle. Auch künftig müßten alle Entscheidungen "reine ägyptische Entscheidungen sein, selbst wenn sie sich gegen die Großmächte richten". Hsinhua nimmt diesen Kommentar beifällig zur Kenntnis.

## ASIEN

### (24) Aufruf des Dalai-Lama zum Kampf gegen Peking

Noch im Herbst 1973 war aus der engeren Umgebung des Dalai-Lama, der heute im nordindischen Unionsstaat Himachal Pradesh residiert, bekannt geworden, der religiöse Oberhirte des tibetanischen Buddhismus wünsche nach Lhasa zurückzukehren, wenn die Chinesen den Tibetern ein größeres Maß Autonomie zugeständen. Peking hat indessen das Angebot des Dalai-Lama mit Schweigen beantwortet.

Inzwischen verschärft der Dalai-Lama seine Tonart gegenüber China, da er offensichtlich seine Hoffnung aufgegeben hat, in absehbarer Zeit mit Peking ein Arrangement treffen zu können.

In einem Interview mit der indischen Wochenzeitung "Economic and Political Weekly" warf der Dalai-Lama den Chinesen vor, in Tibet nicht etwa Kommunismus, sondern "nackten Kolonialismus" zu praktizieren. Aus diesem Grunde wiederum hätten sich Tausende von jungen Tibetern trotz gründlicher Indoktrinierung durch China gegen dessen Machthaber gewandt und damit begonnen, sich den "Freiheitskämpfern" anzuschließen. "Wir sind nicht gegen den Kommunismus. Unser Kampf richtet sich in Wahrheit gegen die chinesische Dominanz, und er wird andauern bis zu jenem Tag, da der letzte chinesische Soldat Tibet für immer verlassen hat". Auch bezeichnete er Tibet als "Chinas Vietnam", deutete damit also offensichtlich darauf hin, daß den Chinesen noch schwierige Partisanenkämpfe gegen die tibetischen Aufständischen bevorstünden (nach FAZ, 2.4.74 und NZZ, 3.4.74).

## (25) Schließung chinesischer Zeitung in Indonesien

Das Militärkommando in Sumatra hat Anfang April die einzige chinesische Zeitung, die bisher auf dieser Insel erschien, den "Harian Indonesia" schließen lassen. Diese Maßnahme erfolgte im Vollzug eines Beschlusses des Volkskongresses, demzufolge in der ganzen Republik Indonesien nur eine einzige chinesische Zeitung erscheinen dürfe, und zwar ein Blatt in der Hauptstadt Djakarta. Auch diese Zeitung freilich muß bereits 1979 ihren Betrieb einstellen. Bis dahin meinte der Kongreß, seien alle Chinesen in Indonesien in der Lage, ohne Schwierigkeiten Indonesisch zu lesen.

Auch die Schulen in Borneo (Indonesisch: Kalimantan) sind in der Zwischenzeit geschlossen worden, um die Assimilierung der Chinesen zu beschleunigen (CSM, 2.4.74).

## (26) Ärger am japanischen Neokolonialismus

Unter Wiedergabe eines Artikels des Organs des ZK der Japanischen Kommunistischen Partei (Linke) "Volksstern", greift Hsinhua (NCNA, 3.3.74) indirekt die japanischen Kapitalexperte an. Japans Investitionen für die Ausbeutung ausländischer Mineralvorräte seien Ende März 1973 auf insgesamt 2,273 Mrd. US-Dollar angeschwollen (1,4 Mrd. in Öl, 226 Mio. in Eisenerz und 335 Mio. in Kupfer). Die direkten Auslandsinvestitionen japanischer Unternehmer hätten sich bis Ende März 1973 auf insgesamt 1,752 Mrd. US-Dollar belaufen, von denen 722 Mio. US-Dollar in Asien investiert worden seien. 23% der direkten Investitionen seien in Asien, 20,3 % im Nahen Osten und 16,5% in Lateinamerika untergebracht worden. Beim Export von kompletten Ausrüstungsanlagen gingen 34,4% in asiatische Länder, 23,9% nach Lateinamerika und 9,7% in den Nahen Osten. 98,2% der direkten Kapitalexperte gingen nach Asien.

## (27) Kambodscha

Am 1. April wurde Khieu Samphan, Mitglied des Politbüros des ZK der Nationalen Vereinigten Front (FUNC), Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Nationale Verteidigung der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha (GRUNC) und Oberkommandierender der kambodschanischen Nationalen Volksbefreiungstreitkräfte, in China wie ein Staatsoberhaupt empfangen. Er führte Unterredungen mit Ministerpräsident Chou En-lai, traf am 2. April mit Mao Tse-tung zusammen (NCNA, 2.4.74), sprach bei einer Massenkundgebung und gab Pressekonferenzen, wobei Staatschef Sihanouk als Dolmetscher fungierte (Ankunft 1. April aus Hanoi, Weiterfahrt 5. April nach Pjongyang).

Bei einem Bankett zu Ehren dieser "Good-will-Mission" gab Chou En-lai bekannt, daß China auch weiterhin das "kambodschanische Kampfvolk in seinem Kampf gegen die US-Aggression und für seine nationale Errettung unumschränkt unterstützen" werde (NCNA, 2.4.74).

Khieu Samphan andererseits schloß bei seiner Rede "jede Kompromißlösung zur Beendigung des Krieges in Kambodscha" aus. Er warf der Regierung in Phnom Penh und den Vereinigten Staaten Zuflucht zu "verwerflichen Manövern

mit unechtem Waffenstillstand, unechten Gesprächen und unechtem Frieden" vor. Die Truppen würden bis zum vollständigen Siege kämpfen. Bisher seien mehr als 90% des kambodschanischen Territoriums und etwa 5,5 Mio (von insgesamt 7 Mio) Kambodschanern befreit.

Seit dem 15. August 1973, also dem Bombenstop der Amerikaner, habe Washington immer wieder versucht, die "Khmeerisierung" des Krieges in Kambodscha voranzutreiben und dadurch die "Verräter um Lon Nol" an der Macht zu halten. In den dem Lon Nol-Regime verbliebenen Städten Phnom Penh, Kompot, Kompong Thom und Svay Rieng seien etwa 1.500 US-Militärberater als Zivilpersonal verkleidet tätig. Washington plane sogar, diese Zahl auf 10.000 Personen bis Ende 1974 anwachsen zu lassen.

Die kambodschanische Frage könne nur gelöst werden, wenn der Imperialismus seine Militärberater und sein Personal restlos aus Kambodscha abziehe und damit aufhöre, die verräterische Phnom-Penh-Clique zu unterstützen (NCNA, 2.4.72). Nach wie vor komme es darauf an, die Fünf-Punkte-Erklärung Sihanouks vom 23. März 1970 zu erfüllen.

Diese fünf Punkte lauten:

- Unwiderrufliche Auflösung der Regierung Lon Nol samt ihren Unterorganisationen
- Aufforderung an alle Landsleute, sämtliche Verordnungen, Gesetze, Befehle, Bekanntmachungen und Mitteilungen der Lon Nol-Sirikmatak-Cheng Heng - Gruppe zu mißachten
- Ankündigung einer neuen "Regierung der Nationalen Union" und Bildung einer provisorischen Konsultativkörperschaft nach ständischen Gesichtspunkten (Vertreter des Klerus, der Bauern, Arbeiter und anderer werktätiger Menschen, der Armeeingehörigen, Polizisten, Provinzwachen, Jugendlichen und Intellektuellen, Beamten, Frauen und so weiter)
- Baldige Bildung einer Nationalen Befreiungsarmee
- Aufruf an alle im In- und Ausland lebenden Khmeer, sich für eine "Nationale Einheitsfront von Kambodscha" zur Verfügung zu stellen, wobei die Aufgaben der FUNC darin bestünden, "unser Vaterland von der Diktatur und Unterdrückung durch die Clique der pro-imperialistischen Reaktionäre um Lon Nol .... zu befreien, die amerikanischen Imperialisten zu bekämpfen und unser Land wiederaufzubauen, um es auf dem Wege des Fortschritts so schnell wie möglich vorankommen zu lassen" (abgedruckt in PRu 1970, Nr. 13, S. 14 ff.).

Die meisten dieser Bedingungen (Aufbau von FUNC, GRUNC und Armee) sind in der Zwischenzeit erfüllt. Die Berufung auf die Fünf-Punkte-Erklärung läuft in ihrer Substanz also wohl darauf hinaus, daß Washington es den Kambodschanern gestatten müsse, ihre Angelegenheiten untereinander zu regeln.

Noch deutlicher formulierten die Chinesen und Kambodschaner ihren gemeinsamen Kampfwillen bei einer Massenkundgebung am 3. April, zu der sich 10.000 Menschen in der Großen Halle des Volkes eingefunden hatten. Mit Ausnahme Maos war fast die gesamte chinesische Parteispitze erschienen, unter anderen wiederum Chou En-lai und Teng Hsiao-p'ing. Wang Hung-wen, die Nr. 3 im Politbüro, hielt, nach langer Zeit zum erstenmal wieder, im Namen der KPCh eine Rede, in der er sich scharf

gegen den US-Imperialismus aussprach - hierin blieb er sich seit seiner Rede vor dem X. Parteitag im August 1973 treu! - und ein erneutes Bekenntnis Chinas zur Fünf-Punkte-Erklärung Shihanouks abgab.

Bei dieser Gelegenheit betonte Khieu Samphan, er hoffe nicht ohne Grund, die Feinde in seinem Land schon in naher Zukunft völlig vernichten zu können. Worauf es militärstrategisch in nächster Zeit ankomme, sei die "Lebenslinie" des Lon Nol-Regimes, nämlich den Mekong, abzuschneiden und dadurch den Treibstoff-, Nahrungs- und Waffenstrom für Phnom Penh zu unterbinden. (Näheres: Thema in der nächsten Ausgabe von C.a.).

### (28) Unterstützung des neuen nordkoreanischen Wiedervereinigungsvorschlags

Aus chinesischer Sicht liegt der Schlüssel für die Lösung der Korea-Frage beim Abzug aller ausländischen Truppen aus Südkorea und der Verwirklichung einer selbständigen Wiedervereinigung des Landes durch das koreanische Volk selbst. Sollte die Wiedervereinigungsfrage endlich gelöst werden, so sei wichtigste Voraussetzung, daß die amerikanische Regierung "ihren in Südkorea stehenden Truppen die Mütze mit der Aufschrift 'UNO-Truppen' abnimmt, diese mit all ihren Waffen und der gesamten Ausrüstung abzieht, ihre militärische Hilfe für die südkoreanische Park Chung Hee-Clique einstellt und diese Clique nicht länger zu wütenden Provokationen gegen die nördliche Hälfte der Republik anstiftet" (JMJP, 28.3.74).

Da es so entscheidend auf die Initiative der USA ankomme, sei es völlig gerechtfertigt, daß Nordkorea sich nun direkt an die zuständigen amerikanischen Institutionen wende. Unter diesen Umständen sei es völlig gerechtfertigt, daß die oberste Volksversammlung der Demokratischen Volksrepublik Korea einen Brief an den Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet habe, in dem vorgeschlagen wird, direkt mit den USA über den Abschluß eines Friedensvertrags zu verhandeln.

In diesem Schritt zeige sich das permanente Bemühen der Partei und Regierung Nordkoreas, die Wiedervereinigungsfrage immer wieder von neuem zu beleben: Im Mai 1972 bereits habe Kim Il Sung die drei Prinzipien der Selbständigkeit, der friedlichen Wiedervereinigung und der großen nationalen Einheit aufgestellt, die den Weg zu einer Gemeinsamen Erklärung des Nordens und des Südens öffneten und damit Kontakte zwischen beiden Teilen Koreas einleitete. Im Juni 1973 legte Kim Il Sung sodann ein Fünf-Punkte-Programm vor, in dem erneut der richtige Weg zur Verwirklichung der friedlichen Wiedervereinigung Koreas aufgezeigt wurde, doch auch dieses Programm wurde durch die systematische Obstruktionspolitik Südkoreas vereitelt. Deshalb sei der jetzige - und dritte - Schritt der Regierung in Pyongyang, sich direkt an die USA zu wenden und über die Köpfe Seouls hinweg zu verhandeln, der richtige Weg.

### (29) Einzug in Laos

Am 2. April 1974 haben sich die "Patriotischen Kräfte" von Laos, das heißt die laotische Linke, mit der "Vientianer Regierung" auf Bildung eines Koalitionskabinetts (genauer: einer "Provisorischen Regierung von Laos, der Nationalen Union") und eines Nationalen Politischen Koalitionsrates geeinigt.

Damit ist Laos - zumindest der Form nach - der erste Staat in Indochina, in dem Kommunisten, Neutrale und Vertreter der Rechten nicht mehr gegeneinander kämpfen, sondern gemeinsam unter dem Dach von Regierungsinstitutionen zusammengeschlossen sind. Ob dieser Vereinigung lange Dauer beschieden sein mag, ist eine andere Frage. Die Schwierigkeiten jedenfalls, unter denen das neue Koalitionskabinettt zustande kam, hätten kaum größer sein können. China hat diese Entwicklung begünstigt. (Näheres Thema in diesem Heft: "China und das stille Wunder in Laos").

### (30) Abzug der Pioniertruppen aus Laos

Nach Artikel 4 des Waffenstillstandsabkommens zwischen der Regierung in Vientiane und dem Pathet Lao vom 21. Februar 1973 haben sich alle ausländischen Truppen innerhalb von 60 Tagen nach Bildung der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit und des Nationalen Politischen Konsultativrats aus Laos zurückzuziehen.

Im Vollzuge dieser Bestimmung verlassen auch chinesische Straßenbautruppen das Land, die in dem südostasiatischen Königreich seit 1962 präsent gewesen waren. (Näheres dazu in diesem Heft: "China und das stille Wunder in Laos".)

### (31) Malaysia: Chinesische Revolutionsstrategie in Nordborneo

Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da sich diplomatische Beziehungen zwischen Malaysia und China anzubahnen beginnen, hat das ZK der Kommunistischen Partei von Nord-Kalimantan in einer Sendung der "Stimme der Malaysischen Revolution" am 30. März bekanntgegeben, daß die maoistische Strategie des bewaffneten Kampfes und der Einkreisung der Städte von den Dörfern her für seine KP nach wie vor den Anspruch einer "wertvollen universellen Wahrheit" besitze. (Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß in Malaysia zwei kommunistische Parteien bestehen, nämlich die KP Malaysias und die KP von Nordkalimantan, Näheres C.a. 1973, S. 278 ff. Die "KP Nord-Kalimantan" operiert in Sarawak und in Sabah, auf Nordborneo; diese Zweiteilung der KP's hängt damit zusammen, daß von kommunistischer Seite die Gründung der Föderation Malaysia im Jahre 1963 nicht anerkannt wurde.). In dieser Erklärung heißt es weiterhin: "Wir haben seit mehr als 10 Jahren den Weg des bewaffneten Kampfes beschritten. Unsere Partei wurde im Laufe des bewaffneten Kampfes gegründet. Am Anfang unseres bewaffneten Kampfes hatten wir nur eine kleine Streitmacht von 40 Mann, und unsere Waffen waren armseelig. Später entwickelte sie sich in mehrere vergleichsweise große Kontingente, die in verschiedenen Gebieten operierten. Mehr als 10 Jahre lang schickten die indonesischen und "malaysischen" Reaktionäre Millionen von Dollar pro Jahr für militärische Ausgaben und Zehntausende von

reaktionären Truppen, um uns brutal einzukreisen und zu zerdrücken. Sie hatten jedoch keinen Erfolg, weil wir die machtvolle Unterstützung der breiten Volksmassen besitzen ... Wir werden auch Massenbewegungen in den Städten entfalten, Propaganda und Organisationsarbeit durchführen und unsere Stärke vermehren .... Wir werden niemals durch die Arroganz des Feindes eingeschüchtert. Seine reaktionäre Herrschaft ist höchst unpopulär, und er steht Schwierigkeiten im In- und Ausland gegenüber ..." (Wiedergegeben in NCNA, 8.4.74).

### (32) Philippinen: Basketball in Peking

Im Wege der Volksdiplomatie versucht China das Klima zu seinen südostasiatischen Nachbarstaaten, in letzter Zeit besonders zu Thailand, Malaysia und den Philippinen, zu verbessern. Bezeichnend ist es in diesem Zusammenhang, daß eine nationale Basket-Ball-Delegation der Philippinen, die in der zweiten Märzhälfte verschiedene Spiele gegen chinesische Mannschaften austrug, am 23. März von keinem Geringeren als Ministerpräsident Chou En-lai empfangen wurde (PRu 1974, Nr. 13, S. 6).

### (33) Thailands Parlament gegen intensivierte Peking-Politik

Anfang April hat die Mehrheit des 299 Abgeordnete zählenden Parlaments in Bangkok gegen die Vorlage der Regierung gestimmt, das Anti-China-Dekret Nr. 53 aufzuheben, das einst von Marshall Sarit erlassen worden war und theoretisch auch heute noch sämtliche Kontakte mit der VR China verbietet.

Die Chinesen bestehen, als Voraussetzung zur Aufnahme wirtschaftlicher und politischer Beziehungen, auf der völligen Aufhebung des gegen sie gerichteten Dekrets.

Premierminister Sanya hat damit in seiner Politik, die eine Lösung von der bisher einseitigen Bindung an Amerika und dafür ein Gleichgewicht gegenüber Amerika, Japan, China und der Sowjetunion anstrebt, einen empfindlichen Rückschlag erlitten und ist praktisch in eine außenpolitische Sackgasse geraten.

Pressekommentare sprechen von befremdenden Parallelen zum politischen Stil wie auch zur Geisteshaltung der am 14. Oktober 1973 gestürzten Militärregierung unter Feldmarschall Thanom Kittikachorn. Die Argumente, mit denen das Parlamentsveto begründet wurde, seien dieselben wie zur Zeit des Thanom-Regimes. Die Volksvertreter hatten nämlich vor der Wahrscheinlichkeit verstärkter subversiver Tätigkeit der Chinesen sowie der Gefährdung der nationalen Sicherheit gewarnt und verlangt, daß Peking erst einmal seinen guten Willen zur friedlichen Kooperation beweisen müsse, indem es die gegen die Regierung Sanya gerichteten Rundfunksendungen des Senders "Stimme der Thailändischen Revolution" einstelle. Auch hatten die Abgeordneten auf die Gefahren billiger China-Waren für den Aufbau der eigenen Industrie hingewiesen, sowie auf die Schwierigkeiten, den Handel mit der VR China zu kontrollieren; sollte doch nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen der Handelsaustausch auf thailändischer Seite über private Geschäftsleute laufen (FAZ, 6.4.74).

### (34) Unterstützung des Sechs-Punkte-Vorschlags der Revolutionsregierung von Südvietnam

Am 22. März 1974 veröffentlichte die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam eine Erklärung "zur Verwirklichung des Friedens und der nationalen Eintracht in Südvietnam" und legte einen Sechs-Punkte-Plan vor, in dem vorgeschlagen werden: die sofortige Beendigung aller Konflikte in ganz Südvietnam; die Rückführung aller in Südvietnam gefangengenommenen und in Haft gehaltenen vietnamesischen Zivilisten und Militärpersonen; die unverzügliche Sicherung der vollen demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung Südvietnams; die umgehende Einrichtung eines Nationalen Rats der Nationalen Versöhnung und Eintracht; die Organisation von wirklich freien und demokratischen allgemeinen Wahlen in Südvietnam und die Regelung der Frage der Streitkräfte in Südvietnam ohne fremde Einmischung.

Hanoi stimmte in einer Regierungsverlautbarung vom 23. März diesen Vorschlägen zu. Auch Peking (JMJP, 26.3.74) schloß sich diesem Votum voll an. Artikel 12 des Pariser Abkommens bestimme doch, daß die beiden südvietnamesischen Seiten so schnell wie möglich ein Abkommen über die internen Angelegenheiten Südvietnams unterzeichnen und alles in ihren Kräften Stehende tun sollten, daß dies innerhalb von 90 Tagen nach Inkrafttreten des Waffenstillstands geschieht. Diese 90 Tage sind seit langem vorüber. Immer noch stünde das Verhalten der Saigoner Behörden und der US-Regierung in krassem Widerspruch zu Geist und Buchstaben des Pariser Abkommens. Der Sechs-Punkte-Vorschlag der Provisorischen Revolutionsregierung weise einen brauchbaren Weg auf, um dem Artikel 12 des Pariser Abkommens endlich gerecht zu werden.

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

### (35) Senator Jackson für Einbeziehung Pekings in SALT-Gespräche

Der demokratische Senator Henry Jackson hat am 17. April die Einbeziehung Chinas in die Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (Salt) zwischen den USA und der Sowjetunion gefordert. Wie der Senator, einer der Präsidentschaftskandidaten für 1976, erklärte, erfordere eine langfristige strategische Stabilität eine sinnvolle Rolle Chinas. Auch könnte durch Einbeziehung das Mißtrauen Pekings ausgeschaltet werden (IHT, 19.4.74).

Das Verlangen Jacksons schwebt freilich im luftleeren Raum: China hat wiederholte Male deutlichgemacht, daß es globale, also jeden Staat angehende Probleme, wie z.B. die Abrüstungsfrage, nur zusammen mit allen Staaten der Welt und nicht hinter dem Rücken der Weltöffentlichkeit erörtern möchte. Neben diesem Gesichtspunkt der außenpolitischen "Massenlinie" spielt auch noch der Wunsch Pekings eine Rolle, gerade bei der Abrüstungsproblematik die Sowjetunion coram publico wieder in die Ecke zu

drängen.

### (36) Teng Hsiao-p'ing bei der UNO-Rohstoffkonferenz in New York

Am 5. April flog eine Delegation unter Leitung des umstrittenen Teng Hsiao-p'ing zur Sondersitzung der UNO-Vollversammlung für Rohstoffprobleme nach New York, die auf algerische Initiative eingeleitet worden war.

Um die Bedeutung dieses Anlasses zu unterstreichen, waren zahlreiche chinesische Spitzenpolitiker zur Verabschiedung der Delegation auf den Pekinger Flugplatz gekommen, unter anderen Chou En-lai, Wang Hung-wen und Mao-Gattin Chiang Ch'ing.

Es ist das erste Mal, daß ein chinesisches Politbüromitglied in nichtsozialistisches Ausland reist. Dadurch wird das große Gewicht deutlich, daß China auf seine Verbindungen zur Dritten Welt legt. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, welches Gewicht der während der Kulturrevolution in Ungnade gefallene Teng Hsiao-p'ing heute wieder in der Partei zurückgewonnen hat. (Näheres Thema: Zur Armut in der "Dritten Welt" ...., China bei der UN-Rohstoffkonferenz).

### (37) ECAFE-Tagung in Colombo

#### a) Chinesisch wird Arbeitssprache der ECAFE

Am 6.4. fand in Colombo die Schlußsitzung der 30. Sitzungsperiode der UNO-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) statt. Die Vollversammlung verabschiedete den Jahresbericht für 1973/74, der dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO zur Beratung vorgelegt werden soll. Ferner wurde am 5. April eine Deklaration ("Deklaration von Colombo") angenommen, in der vom Willen der Völker Asiens und des Pazifik die Rede ist, ihre Volkswirtschaften auf den Prinzipien der Unabhängigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft voranzutreiben und die Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern auf der Grundlage der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils zu fördern.

Schließlich wurden noch 13 Resolutionen angenommen, von denen eine die Aufnahme des Chinesischen in die Arbeitssprachen der ECAFE festlegt (NCNA, 7.4.74). (Vgl. Thema: Zur Armut in der "Dritten Welt" .... in diesem Heft.)

#### b) Schürfung nach Bodenschätzen in den Küstengewässern

Pekings Delegierter bei der ECAFE-Tagung in Colombo erklärte zum Thema der Schürfung nach Bodenschätzen in den Küstengewässern Asiens folgendes: "Bodenschätze in den Küstengewässern Chinas..... gehören voll und ganz China. Nur China hat das Recht, nach diesen Ressourcen im Meeresgrund zu schürfen und sie zu erschließen..... Die Abgrenzung der Küstenschelfe zwischen China und den anderen Anliegerstaaten soll von den betreffenden Ländern auf der Grundlage gleichberechtigter Konsultationen gemeinsam bestimmt werden. Man hat Chinas Souveränität verletzt, indem man hinter seinem Rücken einseitig eine große Fläche des Schelfs zu

einer sogenannten Zone der gemeinsamen Erschließung markierte" (gemeint ist hier offensichtlich das zwischen Südkorea und Japan festgelegte Schürfgebiet.) Alle Abkommen und Kontrakte, "die die Chiang-Kai-shek-Clique auf Taiwan in bezug auf die Schürfung und Erschließung der Ressourcen im Meeresgrund Chinas mit irgendeinem Staat und irgendeiner internationalen Gesellschaft oder irgendwelchen staatlichen und privaten Betrieben anderer Länder abgeschlossen hat, sind rechtswidrig und ungültig ....." (Radio Peking, deutsch, 4.4.1974).

### (38) Europäische Sicherheitskonferenz festgefahren

Die zweite Phase der 'Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa' wurde am 5. April erneut auf den 22. April vertagt. Die Tagung, die am 18. September in Genf eröffnet worden war, hatte sich zum erstenmal bereits am 14. Dezember vertagen müssen. Nach ihrer Wiedereröffnung am 15. Januar sah sie sich mit mehr Schwierigkeiten als zuvor konfrontiert. Deshalb konnten sich die Hoffnungen der Sowjetunion, die zweite Phase bereits in diesem Frühjahr abzuschließen, wiederum nicht erfüllen. Moskau wünscht, daß sobald wie möglich mit der dritten Phase begonnen werde, an der dann auch die Staatschefs teilnehmen sollen. Bisher haben sich die westlichen Länder jedoch geweigert, hinsichtlich des Zeitpunkts einer dritten Konferenzphase Verpflichtungen einzugehen, ehe nicht die zweite Phase Ergebnisse gezeitigt habe.

Die Sackgasse, in der die Konferenz steckt, sei Ausdruck der zunehmenden Rivalität der beiden Supermächte in Europa. Sie zeige unter anderem, daß zahlreiche Konferenzteilnehmer beunruhigt sind über die Gefahr, die die expansionistische Politik der beiden Supermächte, insbesondere der Sowjetunion, heraufbeschwört (NCNA, 7.4.74).

Auch in der zweiten Phase stehen die alten Themen zur Debatte, nämlich die Frage des freien Reiseverkehrs und des Kulturaustausches zwischen Ost- und Westeuropa, die Frage der Grenzen in Europa (Status quo der Nachkriegsgrenzen, Neuverhandlung auf friedlichem Wege?), die Frage der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit (Die Sowjetunion verlangt vom Westen die Einräumung der 'Meistbegünstigung' im Handel.) und die Bildung eines ständigen Sicherheitsgremiums.

### (39) Hsinhua zur NATO-Strategie

Kommentarlos - und damit zustimmend - übernahm Hsinhua (NCNA, 9.4.74) Ausführungen des amerikanischen Verteidigungsministers James Schlesinger vom 4. April: Die grundlegenden Prinzipien der NATO-Strategie seien immer noch die flexible Antwort, die Vorwärtsverteidigung und die Abschreckung auf der Basis eines Spektrums konventioneller und nuklearer Schlagkraft. Außerdem sei die Erhaltung des taktischen nuklearen Potentials wesentlich für die Abschreckung. Diese Waffen trügen dazu bei, den Einsatz von Kernwaffen durch den Warschauer Pakt zu verhindern, und böten neben den konventionellen und strategischen Nuklearstreitkräften eine allgemeine Ab-

schreckung gegenüber dem ganzen Spektrum einer möglichen Aggression. Es müsse garantiert werden, daß die taktischen Atomstreitkräfte sowohl eine direkte Abschreckung gegen einen nuklearen Angriff des Warschauer Paktes als auch ein ernsthaftes Hindernis gegen jeden Einbruch in die westliche konventionelle Verteidigung sind.

#### (40) Seefahrtskonferenz in Hamburg

Eine chinesische Delegation nahm an der Anfang April im Hamburger Kongreßzentrum stattfindenden Seefahrtskonferenz teil, bei der es darum ging, das geltende Recht den neuen Transportsystemen (insbesondere Container- und Öltankergroßverkehr) anzupassen. Zu den Hauptthemen in Hamburg gehörte die Revision des Abkommens über die beschränkte Reederhaftung von 1957. Angesichts wachsender Schiffsgrößen, gewachsener Kapazitäten der Versicherungsmärkte und neuer Risiken durch den wachsenden Verkehr mit Öl und gefährlichen Chemikalien etc. soll die Gesamthaftungsgrenze der Reeder ausgeweitet werden.

Die Chinesen waren lediglich mit einer Beobachter-Delegation vertreten.

#### (41) FIFA-Mitgliedschaft?

Am 19. April teilte der Fußball-Weltverband mit, daß die chinesische Fußballvereinigung einen Antrag auf Mitgliedschaft in der FIFA gestellt hat, ein Antrag, der freilich nur wirksam sein soll, falls Taiwan ausgestoßen wird.

Die VR China war bereits einmal Mitglied der FIFA, verließ diese Vereinigung aber im Jahre 1958. Der FIFA-Kongreß 1974 wird in Frankfurt am 11. Juni tagen. Ein Sprecher hat schon jetzt erklärt, daß der Kongreß das Ansinnen auf Ausstoßung Taiwans - ein entsprechender Antrag ist in der Zwischenzeit von Kuwait gestellt worden, und China beruft sich darauf - zurückweisen wird (IHT, 20.4.74).

### AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

#### (42) Pekings neue Drei-Welten-Theorie

„Durch das Auftreten des Sozialimperialismus hat das nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zeitlang existierende sozialistische Lager zu bestehen aufgehört. Infolge des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus gerät auch der imperialistische Block im Westen in Auflösung. Sieht man sich die Änderung der internationalen Beziehungen an, so gibt es heute in der Welt drei Teile, drei Welten, die sowohl voneinander abhängig sind als auch im Widerspruch zueinander stehen. Die USA und die Sowjetunion bilden die Erste Welt. Die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie in anderen Gebieten bilden die Dritte Welt. Und die entwickelten Länder, die sich zwischen diesen beiden Welten befinden, bilden die Zweite Welt“ (aus der Rede Teng Hsiao-p'ings vor der UNO-Vollversammlung im Zusammenhang mit der Rohstoffkonferenz).

(Kommentierung zu dieser Problematik im Thema: Zur Armut in der „Dritten Welt“....).

#### (43) Stellung der Blockfreien

Unter Berufung auf die jugoslawische Wochenschrift „Ko-

munist“ hebt Hsinhua (NCNA, 22.4. und 24.4.74) hervor, daß die Blockfreien Länder es ablehnten, den von den Supermächten manipulierten Militärbündnissen beizutreten. Sie sollten vielmehr ihr eigenes Verteidigungssystem schaffen und ihre Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung stärken. Vorzugehen sei gegen das Argument, daß die Blockfreien Länder, sollten sie einer Aggression ausgesetzt sein, jede Hilfe und Unterstützung verlieren würden. Ein solches Argument entstamme einem Versuch, die Politik der Blockfreiheit zu negieren und das Verteidigungssystem der Blockfreien Länder zu verspotten. Hinter einem solchen Argument stehe lediglich der Vorschlag, die Politik der Blockfreiheit aufzugeben.

(Zu dem sehr wechselhaften Verhältnis Chinas zu den Blockfreien Ländern vgl. in diesem Heft Thema „Zur Armut in der Dritten Welt ...., Abschnitt I: „China und die Blockfreien“).

#### (44) Definition des Begriffs „Supermacht“

Bei seiner Grundsatzrede aus Anlaß der Rohstoffsondertagung der UNO brachte der chinesische Delegierte Teng Hsiao-p'ing folgende Definition des chinesischen Begriffs der „Supermacht“: „Was ist eine Supermacht? Eine Supermacht ist ein imperialistisches Land, das überall mit Aggression, Intervention, Kontrolle, Subversion und Ausplünderung gegen andere Länder vorgeht und die Vorherrschaft über die Welt anstrebt. Wird in einem großen sozialistischen Land der Kapitalismus restauriert, wird es sich unvermeidlich in eine Supermacht verwandeln. Die Große Proletarische Kulturrevolution der vergangenen Jahre und die Bewegung zur Kritik an Lin Piao und Konfuzius, die zur Zeit ganz China erfaßt, sind darauf gerichtet, die Restauration des Kapitalismus zu verhindern, das sozialistische China davor zu bewahren, daß es die Farbe wechselt, und sicherzustellen, daß China immer auf der Seite der unterdrückten Völker und Nationen steht. Sollte China eines Tages die Farbe wechseln, sich in eine Supermacht verwandeln und ebenfalls in der ganzen Welt wie ein Tyrann herumkommandieren, überall die anderen demütigen, angreifen und ausbeuten, dann müssen die Völker der Welt diesem China das Schild des Sozialimperialismus umhängen, es entlarven, bekämpfen und es mit dem chinesischen Volk gemeinsam niederschlagen“ (PRu 1974, Nr.15, S.13).

### AUSLÄNDER IN DER VR CHINA

#### (45) Fremdenfeindlichkeit?

Die Tochter eines italienischen Diplomaten wurde mit ihren drei Begleitern in Peking eine halbe Stunde lang von einer empörten Menschenmenge „kritisiert“, da sie ein Feuerzeug in der Hand gehalten hatte, das von den Chinesen offenbar für eine Miniaturkamera gehalten wurde. Die aufgebrachten chinesischen Passanten schlugen gegen die Scheiben und zerbrachen eine auf der Kühlerhaube angebrachte Standarte. Schließlich kam den vier jungen Leuten ein Beamter der chinesischen Sicherheitspolizei zu Hilfe, der ihnen höflich erklärte, daß seine

Landsleute im Moment nicht gut auf photographierende Touristen zu sprechen seien. Der Grund: Michelangelo Antonionis Film über China (NZZ, 4.4.74).

Ähnlich erging es zwei britischen Studenten, die in Peking Chinesisch lernen und die anlässlich eines Ausfluges durch die Stadt zwei Frauen photographierten, die Zement mischten. Zwei Männer, offensichtlich Funktionäre, wandten sich an die umstehende Menge und forderten sie auf, die Studenten zu kritisieren. Die Beiden wurden über vier Stunden festgehalten. Außerdem konfiszierte man ihre Filme. Unter anderem bekamen sie zu hören, daß sie sich wie Antonioni benommen hätten (Times, 9.4.74).

#### (46) Auswirkungen der Anti-Lin - Anti-Konfuzius-Kampagne für Ausländer

Zu diesem Thema berichtet Gerd Ruge aus Peking: "Die Grenzen der Bewegungsfreiheit blieben in den letzten Monaten noch enger gezogen als früher. Reisegenehmigungen in Städte außerhalb Pekings waren in den letzten Monaten auch für Diplomaten schwer oder gar nicht zu erhalten. Während Touristengruppen ihre abgesteckten Wanderwege abschreiten dürfen, ist die diplomatische Bewegungsfreiheit beschränkt und die Reisemöglichkeit für Journalisten völlig gestrichen. Nur zwei Tagesausflüge insgesamt wurden dem halben Hundert der Auslandskorrespondenten in den letzten Monaten überhaupt genehmigt. Ein Kollege durfte seinen Chef in die Nachbarstadt Tientsin begleiten, ein anderer, der Verwandtenbesuch aus Deutschland hatte, durfte den gleichen Ausflug machen..... Die sensationellen und beunruhigenden Berichte aus zweiter Hand, die über Hong Kong in die ausländische Presse gehen, sind häufig das Ergebnis von Eindrücken Zufallsreisender mit geringer China-Erfahrung. Daß sie nicht durch ausgeglichene Berichterstattung aus Peking ergänzt werden können, liegt wesentlich an den Reise- und Bewegungsbeschränkungen, denen ausländische Korrespondenten in der chinesischen Hauptstadt unterworfen sind" (Die Welt, 13.4.74).

### INNENPOLITIK

#### (47) Neuer Führungsfunktionär in Kuangtung

Chao Tzu-yang trat am 15.4.1974 erstmals sowohl als 1. KP-Sekretär als auch als Vorsitzender des Revolutionskomitees der Provinz Kuangtung auf (NCNA, 15.4.1974). Dies ist deshalb bemerkenswert, weil Chao der erste Funktionär ist, der nach dem militärischen Revirement zur Jahreswende 1973/74 einen vakant gewordenen zivilen Führungsposten übernimmt, die bis dahin von den verschobenen acht Militärbefehlshabern in Personalunion bekleidet worden waren.

Chao ist seinem Herkommen nach ein Parteifunktionär ohne militärische Tradition. Seit 1950 hatte er sich in der KP der Provinz Kuangtung hochgedient (1957 KP-Sekretär, 1961 2. KP-Sekretär, 1965 1. KP-Sekretär). Auf dem Posten des 1. KP-Sekretärs hatte er im April 1965 T'ao Chu abgelöst, einen Haudegen, der 1930 18 eingekerkerte KP-Funktionäre in einem Handstreich befreite und den die Frühphase der Kulturrevolution ins Politbüro und zum Direktor der

Propaganda-Abteilung der KPCh katapultierte, wo er bereits ein Jahr später Objekt der Kritik wurde, die zu seinem Untergang führte. Im Oktober 1961 wurde neben T'ao Chu auch Chao Tzu-yang öffentlich als Abweichler gebrandmarkt.

Im Gegensatz zu T'ao tauchte Chao nach der Kulturrevolution wieder auf. "Verbannt in die Wüste" war er seit Mai 1971 KP-Sekretär der Autonomen Region Innere Mongolei und seit Januar 1972 deren Vorsitzender des Revolutionskomitees, um schon im April desselben Jahres wieder nach Kuangtung beordert zu werden, wo er als stellvertretender Vorsitzender des Revolutionskomitees und seit Januar 1973 auch als KP-Sekretär eingesetzt wurde.

Die Nominierung Chao zum Führungsfunktionär in Kuangtung stützt die These, wonach die nach dem militärischen Revirement verwaisten, bis dahin von Militärs bekleideten Zivilposten gemäß der vom 10. Parteitag der KPCh proklamierten neuen Linie fürderhin von Nicht-Militärs zu besetzen sind.

#### (48) Politbüromitglied unter Kritik

Nach Meldungen der Agentur Reuter, die sich wiederum auf Augenzeugenberichte von Reisenden nach Wuhan bezieht, soll Li Te-sheng, Politbüromitglied seit dem X. Parteikongreß (August 1973) das Ziel von Angriffen auf Wandzeitungen sein. Li Te-sheng war in Peking .... gewesen, hatte dem Politbüro des IX. ZK als alternierendes Mitglied angehört, galt als fester Bestandteil der linken Gruppe in Peking und wurde - aus Gründen, die sich bis heute noch nicht ganz haben klären lassen - im Januar 1974 anlässlich des großen Militärrevirements zum Kommandanten des Wehrbereiches Shenyang ernannt (Le Monde, 13.4.74).

#### (49) Hinrichtungen in Canton

Mitte April wurden 30 Personen in der Stadt Canton durch Erschießung hingerichtet, da sie sich in der gegenwärtigen Anti-Konfuzius/Anti-Lin-Piao-Kampagne als entschiedene Anhänger Lin Piao erwiesen hatten. Einige von ihnen waren der "Spionage" angeklagt worden.

Diese Meldungen wurden freilich nicht durch chinesische Pressemeldungen bekanntgegeben, sondern von Reisenden aus Canton überbracht (IHT, 18.4.74).

#### (50) Millionen von Pamphleten als Grundlage für den Staatsstreich

Im Zusammenhang mit der Anti-Lin-Piao-Kampagne veröffentlichte Hung-ch'i (1974, Nr. 4, S. 23 - 28) einen Aufsatz, in dem davon die Rede ist, daß Lin Piao durch die Hsinhua-Druckerei der Provinz Fukien in der Zeit zwischen Januar und September 1971 drei Millionen Pamphlete habe drucken lassen, die den Titel trugen: "Lin Piao in der Zeit des Befreiungskampfes im Nordosten"

Diese drei Millionen Pamphlete seien in ganz China verteilt worden, um die öffentliche Meinung für den konterrevolutionären Staatsstreich reif zu machen.

Diese Machenschaften sollen in der laufenden Anti-Konfuzius-Anti-Lin-Kampagne gründlich kritisiert werden.